

Forderungskatalog

# Sicherheitspolitik

Jungfreisinnige Aargau

01. November 2019

Fragen zum Papier gerne direkt an die Präsidentin oder den Präsidenten der Jungfreisinnigen Aargau

## Unsere Forderungen:

- Weniger Bagatellbekämpfung!
- Verbrechen schnell und angemessen bestrafen!
- Kein Freiraum für Randalierer und Chaoten!
- Aktiv gegen Cyberkriminalität!
- Dienstpflicht für alle!
- Cannabis legalisieren!
- Schengen-Dublin beibehalten!

## **Weniger Bagatellbekämpfung!**

### Mehr Sicherheit durch sinnvollen Einsatz der Polizisten

Die Aufgaben der Polizei verändern sich ständig. Neue Formen der Kriminalität wie Cyberkriminalität, neue Verbrecherorganisationen sowie der sinkende Respekt vor Sicherheitskräften stellen die Polizei vor neuartige Herausforderungen. Zudem ist der Kanton Aargau als Grenzkanton verstärkt dem Kriminaltourismus ausgesetzt. Trotzdem verfügt dieser im nationalen Vergleich über eine tiefe Polizeidichte. Die Ressourcen der Polizei müssen deshalb besonders effizient zur Bekämpfung der schweren Kriminalität eingesetzt und – falls zwingend nötig – ausgebaut werden. Die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Sicherheitsorganisationen sollen dabei auch genutzt werden.

## **Verbrechen schnell und angemessen bestrafen!**

### Schnelle Urteile und passende Strafen zum Schutz der Opfer

Eine Verurteilung hat zum Ziel, den Täter durch Bestrafung zu besserem Handeln in der Zukunft zu erziehen und die Bevölkerung vor gefährlichen Menschen zu schützen. Zudem soll die Bestrafung auch eine abschreckende Wirkung innehaben. Damit die Richter die angemessene Strafe für die jeweiligen Täter aussprechen können, scheint es aus Sicht der Jungfreisinnigen grundsätzlich opportun, die Strafrahmen der meisten Delikte zu erweitern. Dies bedeutet, dass die tiefst mögliche Strafe gesenkt, die höchste Strafe aber erhöht wird. Somit kommt dem Richter oder der Richterin ein grösserer Ermessensspielraum zu. Damit wird die Voraussetzung für möglichst angemessene Urteile geschaffen, welche heute nur teilweise vorhanden ist. Zusätzlich muss das Opfer aber auch vor dem Täter im Rahmen eines starken Opferschutzes geschützt werden.

## **Kein Freiraum für Randalierer und Chaoten!**

### Gewaltbereite Gruppen bekämpfen

Durch gewaltbereite Gruppierungen an Demonstrationen oder Sportanlässen entsteht jeweils ein grosser Sachschaden und Unbeteiligte werden zu Opfern. Meist bleiben die Täter aber unbestraft. Schnellere Verfahren und eine grössere Handlungsfreiheit in schwierigen Situationen für die Polizei sollen eine solche Bestrafung möglich machen und damit das Begehen von Delikten verhindern. Die Jungfreisinnigen fordern weiter, dass Sportclubs bei Hochrisikospiele stärker in die Pflicht genommen werden. Es ist zu prüfen, wie diese sich angemessen an den öffentlichen Aufwänden beteiligen können. Zudem darf Beamtenbeleidigung nicht geduldet werden.

Um die Gewaltbereitschaft langfristig zu senken, ist hingegen schon früher Handlungsbedarf notwendig. Präventive Massnahmen beispielsweise an Schulen sind dabei unausweichlich.

## **Aktiv gegen Cyberkriminalität!**

### Neue Technologien erfordern neue Sicherheitsmassnahmen

Neben der «normalen» Kriminalität mehren sich Cyberkriminalitätsvorfälle. Besonders Behörden und kritische Infrastrukturen wie Kraftwerke, Kommunikationsnetze sowie der öffentliche Verkehr müssen dabei vor solchen Vorfällen geschützt werden. Dafür ist die enge Zusammenarbeit zwischen der Armee, dem Nachrichtendienst und der Polizei notwendig. Zusätzlich müssen genügen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, dürfen aber nicht zu einer Ausweitung der Überwachung von Schweizer Bürger führen. Im Bereich der Cyberkriminalität ist es besonders wichtig, dass die Bevölkerung über die aktuellen Gefahren aufgeklärt wird.

Die entsprechenden Kompetenzen dazu müssen bereits in der Schule erlernt werden. Ausserdem müssen Massnahmen ergriffen werden, um ältere Menschen gezielt zu schützen.

## **Dienstpflicht für alle!**

### Gleichberechtigung auch beim Dienst an der Bevölkerung

Die Jungfreisinnigen stehen dafür ein, dass die Dienstpflicht – solange sie denn besteht – sowohl für Männer als auch für Frauen gilt. Im Rahmen der Bemühungen um Gleichberechtigung der Jungfreisinnigen macht dies als

nächster logischer Schritt Sinn. Denn zu einer wahren Gleichberechtigung im Sinne der Jungfreisinnigen gehören Chancengleichheit und gleiche Rechte – aber auch gleiche Pflichten.

Neben der Wehrpflicht für alle setzen die Jungfreisinnigen für eine sinnvolle Verteidigung nebst dem Schutz vor Cyberkriminalität auf eine funktionsfähige Luftwaffe. Die Luftwaffe soll über einen Bestand an Kampffjets verfügen, der die Verteidigung und den Schutz des Luftraums rund um die Uhr garantieren kann.

## **Cannabis legalisieren!**

### Sinnvolle Drogenpolitik zum Schutz der Bevölkerung

Jede Person ist frei und selbst verantwortlich für die Produkte, die sie konsumiert. Es gibt keinen Grund, gewisse Substanzen zu verbieten und andere – wie beispielsweise den Alkohol – zu erlauben. Dabei wird heute immer offensichtlicher, dass die aktuelle Verbotspolitik gescheitert ist. Der Verkauf sowie der Konsum schwacher Drogen wie Cannabis müssen folglich progressiv legalisiert werden. Dazu sollen vor einer Gesetzesänderung Gemeinde und Kantone Pilotprojekte durchführen können.

Im Zuge einer Legalisierung sollen die ersten drei Säulen der Drogenpolitik – Prävention, Schadensminderung und Therapie – beibehalten werden, während die vierte Säule – die Repression – revidiert wird. Durch die ausgeglichene Beziehung zwischen Verkäufer und Konsument und dem ausbleibenden Kampf gegen die Kriminalität, welche auf dem illegalen Drogenkonsum beruht, kann so die Sicherheit aller gesteigert werden.

## **Schengen-Dublin beibehalten!**

### Das internationale Abkommen ist für den Aargau zentral

Die Jungfreisinnigen Aargau stehen zum Schengen-Dublin-Abkommen. Gerade für den exportorientierten und multikulturellen Grenzkanton Aargau ist das internationale Abkommen von zentraler Bedeutung. So wirkt sich das Abkommen nicht nur auf die Grenzorte dank den effizienteren Grenzübertritten positiv aus, sondern sorgt auch dafür, dass Schweizer und Aargauer in Europa ohne Visa reisen können und die Sicherheit dank dem Schengener Informationssystem erhöht wird. Damit ist das Schengen-Dublin-Abkommen gerade auch für die Schweizer Sicherheitspolitik absolut zentral.